



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Soll unsere Regierung die explodierenden Benzinpreise staatlich regeln? Wenn ja, wie? Ja, dürfen's denn das? Beim Kampf gegen die Teuerung geht es aber um mehr. Wenn der Staat in die Wirtschaft eingreift, muss er gute Gründe haben.

1 Was haben alle Wahlkämpfe der letzten Jahre vom Burgenland bis nach Vorarlberg gemeinsam? Die steigenden Preise waren fast immer das meistdiskutierte Thema. Da war von einem Krieg gegen den Iran aber noch keine Rede. Es geht also neben dem Benzin auch um Lebensmittel oder Stromkosten und mehr. Was kann „die Politik“ da tun?

2 Die Ordnungspolitik legt fest, ob wir eine Marktwirtschaft oder eine kommunistische Planwirtschaft wollen. Letztere als zentral verwaltete „Staatswirtschaft“ ist im ehemaligen Ostblock kläglich gescheitert. Das bedeutet aber nicht, dass der Markt ganz frei wäre. Die Prozesspolitik greift trotzdem in Wirtschaftsabläufe ein. Etwa bei der Preisgestaltung. Diese Eingriffe können, vom Tanken bis zu den Mieten Preisobergrenzen, Steuernachlässe, staatliche Zuschüsse und vieles mehr sein.

3 Der Standpunkt, dass sich ein Staat aus der Wirtschaft komplett raus halten soll, wäre naiv. Politik hat die Aufgabe, Regeln für unser Zusammenleben

festzulegen. Sonst würde es für Wirtschaftstreibende weder Steuern noch Umwelt- und Konsumentenschutz geben. Bei den Wettbewerbsregeln verbietet das EU-Recht Monopole. Es darf nicht nur einen einzigen Betreiber von Tankstellen geben, der ohne Konkurrenz auch das Zehnfache der Benzinpreise verlangen könnte.

4 Keine Partei ist dagegen, die Kosten des Alltagslebens zu senken. Glauben wir Politikern quer durch alle Parteifarben, dass sie hier das Bestmögliche für uns wollen. Nur was ist das? Und noch wichtiger: Inwiefern kann eine Bundes- oder

Landesregierung im kleinen Österreich die Preisfolgen – welche zum Teil weltpolitisch bedingt sind – beeinflussen?

5 „Alles hängt mit allem zusammen!“, soll der Naturforscher Alexander von Humboldt (1769–1859) gesagt haben. Kleine Veränderungen in der Natur können als Langzeitfolge Wirbelstürme oder Erbeben auslösen. Das Aufbrauchen von österreichischen Ölreserven zur Preisdämpfung kann später einen Versorgungsnotstand bewirken. Der populäre Verzicht auf Benzineinnahmen kostet den Staat Einnahmen, die anderswo

fehlen. Staatlich festgelegte Preise beim Benzin oder bei den Mieten führen womöglich zur Gefahr, dass eine Sache wirtschaftlich unattraktiv ist – und es wird viel weniger Benzin verkauft oder werden noch weniger Wohnungen gebaut.

6 Daher ein Vorschlag: Wir anerkennen, dass die Teuerungsproblematik ein schwieriges und komplexes Problem ist, um dessen Lösung sich die Regierung ehrlich bemüht. Die Politiker versprechen im Gegenzug, dass man uns keine populistischen Schnelllösungen vorgaukelt, die nicht nachhaltig helfen.

Benzinpreise & Co.: Der Staat soll es richten?

Politische Eingriffe in die Wirtschaft sind eine heikle Grundsatzfrage und oft nur populistische Scheinlösungen



Krone KREATIV